

Bonn, den 26. Oktober 2017

Beschlussausfertigung:	Stellungnahme gegen eine Ausweitung von Anwesenheitspflichten in Seminaren und Vorlesungen
Antragssteller:	Johannes Claßen, Carina Peckmann, Jan Kütke und die Fraktion der Juso-HSG
Sitzung des Beschlusses:	11. ordentliche Sitzung
Datum der Sitzung:	25. Oktober 2017
Empfänger des Beschlusses:	Herr Guido Déus, MdL, Herr Dr. Christos Katzidis, MdL, Herr Dr. Joachim Stamp, MdL, Frau Franziska Müller-Rech, MdL, AStA-Vorsitz

Das XXXIX. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn hat in seiner

11. ordentlichen Sitzung vom 25. Oktober

mehrheitlich mit den Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Fraktionen der Juso-HSG, Grüne Hochschulgruppe&Piraten, Liberale Hochschulgruppe, Liste Undogmatischer StudentInnen, Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband/Die LISTE, KULT und gegen die Stimmen der Fraktion Ring Christlich-Demokratischer Studenten&Unabhängige

angehängte Stellungnahme gegen eine Ausweitung von Anwesenheitspflichten in Seminaren und Vorlesungen

beschlossen.

Daniel Dejcman
- Erster Sprecher des Studierendenparlaments -

Anlage:
Beschlossene Stellungnahme

Stellungnahme

Das Studierendenparlament der Universität Bonn spricht sich gegen eine Ausweitung von Anwesenheitspflichten in Seminaren und Vorlesungen aus. Wir bitten alle Bonner Landtagsabgeordneten dieses Votum der Studierenden zur Kenntnis zu nehmen und fordern sie auf, dem Vorhaben entgegenzutreten. Das SP-Präsidium wird aufgefordert diesen Beschluss an alle Bonner Landtagsabgeordneten weiterzuleiten.

Begründung:

Die Landesregierung verkennt offenbar, dass es sich bei einem Studium um Erwachsenenbildung handelt und Studierende alt genug sind um zu entscheiden ob sie eine Vorlesung oder ein Seminar zu besuchen oder nicht und die Konsequenzen dessen zu erkennen. Eine Wiedereinführung der Anwesenheitspflichten setzt nur die mit den Bologna-Reformen begonnene Verschulung des Studiums weiter fort. Außerdem erschweren sie die Frage der Studienfinanzierung für viele weiter. Anwesenheitspflichten setzen zu dem am falschen Ende an. Das Problem der leeren Hörsäle kommt nicht nur daher, dass Studierende kein Interesse an der jeweiligen Veranstaltung hätten, sondern vielmehr daher, dass die Lehre oft lieblos gestaltet ist und Dozent*innen vielfach über Jahre dieselben Folien benutzen und oft einfach die Skripte oder Bücher vorlesen. Ziel sollte vielmehr eine attraktivere Gestaltung der Lehrveranstaltungen sein, dann würden die Hörsäle und Seminar ganz von alleine wieder voller werden. Durch Anwesenheitspflichten werden die Studienbedingungen nicht verbessert. Die Gefahr ist, dass künftig wieder Credit Points nur aufgrund von Anwesenheit vergeben werden. Ob die Kompetenzziele der Veranstaltungen erreicht wurden, sollte besser durch die richtig gewählte Prüfungsform überprüft werden. Steht der wissenschaftliche Diskurs oder das Referieren vor einem wissenschaftlichen Fachpublikum im Vordergrund einer Veranstaltung, so kann die Anwesenheit auch mit den heutigen Regelungen schon Voraussetzung sein. Geht es aber allein um die Inhalte, sollte man doch eher auf die Eigenverantwortlichkeit der Studierenden setzen, anstatt erzieherisch tätig zu werden. Ein freies und selbstbestimmtes Studium sollte und muss das Recht der Studierenden sein